

Die Mitglieder der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV) und ihres Jugendverbandes sind schon in der Vergangenheit Ziel von Attacken rechter Gruppen und Großgrundbesitzern gewesen. Da sie am konsequentesten für ein freies Venezuela streiten und da sie die Erkenntnis, dass die soziale Frage nur im Sozialismus gelöst werden kann unter den Massen verbreiten sind sie zur Zielscheibe der Angriffe geworden. Die Genossinnen und Genossen sind in Gefahr und brauchen jetzt auch unsere materielle Hilfe. Unterstützt ihre Arbeit durch Spenden an den Venezuela-Solidaritätsfonds: DKP-Parteivorstand, GLS-Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01, Verwendungszweck: Solidarität mit der PCV!

**Samstag, 2. Februar 2019, 18:30 Uhr**  
KommTreff München, Holzapfelstraße 3

## André Scheer: Was ist los in Venezuela?

„Wir sind nicht neutral, wir stehen auf der Seite von Guaidó“ sagt Außenminister Heiko Maas. Die deutsche Bundesregierung hat ein Ultimatum gestellt: Binnen acht Tagen sollen Neuwahlen in Venezuela abgehalten werden. Ansonsten wollen Merkel und ihre Amtskollegen aus Paris und Madrid den vom venezolanischen Volk gewählten Präsidenten nicht mehr anerkennen. Die EU und Großbritannien haben sich dem Ultimatum angeschlossen. Sie folgen damit dem Weg, den die nordamerikanischen Industriestaaten USA und Kanada vorgeben. Diese haben bereits einen neuen Präsidenten gefunden: den oppositionellen Parlamentspräsidenten Guaidó – der sich selbst durch einen Putsch zum neuen Staatsführer ernannt hat.

Doch der rechtmäßige Präsident Nicolás Maduro von der Vereinten Sozialistischen Partei PSUV hatte bei der Wahl letzten Jahres 67,7 Prozent der Stimmen bekommen und startete im Januar in die nächste Amtszeit bis 2025. Schon nach der Wahl im Mai kündigten die westlichen G7-Industriestaaten an, dass das Ergebnis ihnen nicht passt und die Regierung nicht legitim sei. Die, die das sagen, sind zum Beispiel der US-Präsident Trump, der bei seiner Wahl weniger Stimmen bekam als seine Konkurrentin. Oder der französische Staatschef, der die Gelbwesten-Proteste wegnüppeln lässt und von dem sich drei Viertel der Franzosen nicht regieren lassen wollen. Das ist für die selbsternannten Führer der freien Welt kein Problem. Aber die Bewegung hinter dem direkt-gewählten Präsidenten Venezuelas ist für sie ein Problem.

Denn Venezuela hat die größten Öl-Reserven der Welt, zudem Erdgas, Gold und mehr und geht seit zwei Jahrzehnten einen unabhängigen Weg von den USA und ihren „Petrodollars“. Und das mit Erfolg: Die bisherigen Errungenschaften des bolivarianischen Prozesses, darunter kostenlose Gesundheitsversorgung, besserer Zugang zu Bildung oder die Grundversorgung mit den notwendigsten Lebensmitteln, kommen vor allem der Arbeiterklasse, den kleinen Gewerbetreibenden und den Bauern zu Gute. Das Beispiel Venezuela zeigt: Man kann sich diese Sachen erkämpfen – gegen die Banken und Konzerne. Diese Errungenschaften sind in Gefahr. Trumps Sicherheitsberater sagte im US-Fernsehen offen: „Wir schauen auf die Ölvorkommen in Venezuela“. Später notierte er die Stationierung von US-Truppen an die Venezolanische Grenze mit dem Vermerk

„5.000 Soldaten nach Kolumbien“, was von Presse-Kameras gut dokumentiert wurde.

Der Falke Bolton war bereits in den 1980er-Jahren bei der Unterstützung der rechten Paramilitärs in Nicaragua involviert. Er drängte auf den Golfkrieg und sagt auch nach dem zweiten US-Krieg gegen den Irak, „dass diese Entscheidung richtig war“. Aktuell fordert er „Rechtssicherheit für einen Erstschlag auf Nordkorea“, propagiert öffentlich einen Regime-Wechsel im Iran und lies erst vor wenigen Wochen wieder einen US-Angriff auf den Iran prüfen. Der Waffenarr und NRA-Funktionär möchte den Whistleblower Edward Snowden hängen sehen und spricht sich öfters gegen die Vereinten Nationen (UN) aus. Vielleicht liegt das daran, dass die UN die verbrecherischen Methoden der US-Außenpolitik anprangert. So wurde im September im Bericht über Venezuela über die US-Blockaden gegen das Land geschrieben:

„Gegenwärtige Wirtschaftssanktionen und Blockaden sind vergleichbar mit mittelalterlichen Belagerungen von Städten mit dem Ziel sie zum Aufgeben zu zwingen. Sanktionen im 21. Jahrhundert versuchen nicht nur eine Stadt, sondern ein souveränes Land in die Knie zu zwingen. Ein Unterschied besteht vielleicht darin, dass die Sanktionen des 21. Jahrhunderts mit der Manipulation der öffentlichen Meinung durch „Fake News“, aggressive Öffentlichkeitsarbeit und eine Pseudo-Menschenrechte-Rhetorik einhergehen, um den Eindruck zu erwecken ein ‚Ende der Menschenrechte‘ rechtfertigt die kriminellen Mittel.“ Der UN-Bericht stellt fest: „Wirtschaftliche Sanktionen führen nachweislich zum Tod, verstärken Wirtschaftskrisen, stören die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln und Medikamenten, sind ein Schubfaktor für die Emigration und führen zu Menschenrechtsverletzungen.“

Die USA und ihre Verbündeten nutzen nun die von ihnen geschaffene wirtschaftliche Lage in Venezuela, um die Bevölkerung gegeneinander aufzubringen. Ihr Ziel ist es, die gewählte, antiimperialistische Regierung zu stürzen. Doch werden sie damit durchkommen?

Darüber wollen wir mit dem Venezuela-Experten André Scheer diskutieren. Er wird am Samstag, auf den Tag genau 20 Jahre nachdem Hugo Chávez das Präsidentenamt angetreten hat und die Bolivarische Revolution lostrat, einen Bericht zur Lage vor Ort halten und mit uns diskutieren.

*André Scheer ist Leiter des Ressorts Außenpolitik bei der Tageszeitung jungeWelt in Berlin. Er ist Mitglied der internationalen Kommission beim Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Unser Referent hat mehrere Bücher über die bolivarianische Revolution in Venezuela geschrieben. Mitte Februar erscheint sein Buch über den Revolutionär Che Guevara in der Reihe Basiswissen von PapyRossa.*